

Ausschuß für Umweltschutz  
und Raumordnung  
51. Sitzung

02.11.1988  
he-sz

Ebenso müsse heute leider konstatiert werden, daß die steuerlichen Anreize nicht optimal gewesen seien und eben nicht dazu geführt hätten, daß mehr Autos mit Katalysator gekauft oder umgerüstet worden seien.

Dies sollte aber nicht bloß kritisch angemerkt werden, sondern dem einzelnen Bürger müsse klargemacht werden, daß er eine hohe Verantwortung trage. Der Bewußtseinsänderung müsse dann allerdings auch eine Änderung des Verhaltens folgen, und das müsse vom Bundesgesetzgeber durch verschärfte Vorgaben unterstützt werden.

Hinsichtlich der Luftreinhaltepolitik habe Nordrhein-Westfalen die gegebenen Möglichkeiten genutzt, um bundesgesetzliche Vorgaben zu verschärfen oder zu korrigieren, beispielsweise eine Vereinbarung mit der Kraftwerkswirtschaft getroffen, um die Großfeuerungsanlagen-Verordnung schneller als festgelegt durchzuführen.

Man könne sich darüber verständigen, was außerdem getan werden könne. Nur halte er es für bedenklich, daß in der Wirtschaft sehr schnell auf Sensationsmeldungen reagiert werde, die aber ebenso schnell auch wieder vergessen würden. So seien die Schreckensmeldungen über das Waldsterben von 1983/84 heute praktisch überhaupt kein Thema mehr.

Deswegen müsse immer wieder darauf hingewiesen werden, daß das Thema Waldsterben noch keineswegs erledigt sei, sondern noch viele Probleme gelöst werden müßten.

Der Wert des Waldes sei der Bevölkerung erst bewußt geworden, bestätigt Abg. Kruse (CDU), als der Wald nicht mehr in Ordnung gewesen sei. Das sei wie mit der persönlichen Gesundheit; solange man gesund sei, wisse man den Wert der Gesundheit kaum zu schätzen.

Sein Vorredner habe kritisiert, daß das Waldsterben in der öffentlichen Berichterstattung in den Hintergrund getreten sei. Er habe den Eindruck, daß es durch den Unfall in Tschernobyl und seine Auswirkungen habe zurückstehen müssen. Nichtsdestoweniger habe sich der Zustand des Waldes nicht verbessert, vielmehr teilweise sogar verschlechtert.

Wenn auf die Erfolge in der Luftreinhaltepolitik hingewiesen werde, die zumindest keine Zunahme, sondern einen Stillstand der Waldschäden bewirkt habe, sollten die Witterungseinflüsse nicht außer acht gelassen werden, für die nun wirklich keine Partei und kein Minister zur Rechenschaft gezogen werden könne.

Er halte es für wichtig, daß sowohl die Erforschung der Ursachen der Walderkrankung als auch die Waldschadenserhebung so lange durchgeführt werden müßten, bis die Gefahr großflächiger Waldschäden gebannt sei.

Ausschuß für Umweltschutz  
und Raumordnung  
51. Sitzung

02.11.1988  
he-sz

Zur wirtschaftlichen Entwicklung der Fortwirtschaft hätten Abg. Stump (CDU) und Abg. Ruppert (F.D.P.) bereits Anmerkungen gemacht. Er wolle dem lediglich ein Beispiel anfügen: Um die Holzwirtschaft zu fördern, könnte die Landesregierung bei öffentlichen und öffentlich geförderten Baumaßnahmen, bei denen es möglich sei, Holz als Baustoff einsetzen.

Insgesamt sei er der Meinung, daß es eine Reihe von Möglichkeiten gebe, den Holzabsatz zu fördern. Deshalb fordere die CDU in ihrem Antrag ein entsprechendes Konzept.

Aus der Darstellung der Waldfläche und der regionalen Waldverteilung gehe hervor, daß Nordrhein-Westfalen zu den waldärmsten Ländern der Bundesrepublik zähle. 26 % der Fläche des Landes seien mit mit Wald bedeckt. Dieser Anteil müsse erhöht werden.

Nach Vorstellung der CDU-Fraktion solle der Waldanteil in Nordrhein-Westfalen innerhalb der nächsten zehn Jahre um 10 % - also von jetzt 26 auf 28,5 % der gesamten Landesfläche - aufgestockt werden. Gleichzeitig mit der Erhöhung des Anteils könnte die Baumartenverteilung und die regionale Waldverteilung günstiger gestaltet werden.

Er denke, daß der Antrag der CDU nach wie vor aktuell sei. Das Thema müsse mittel- und langfristig angegangen werden und dürfe nicht nach der jeweiligen Witterung in einem Jahr mehr oder weniger schwerpunktmäßig behandelt werden.

Abg. Wendzinski (SPD) begründet zunächst, warum seine Fraktion heute die abschließende Beratung beantragt habe: Der Bericht der Landesregierung stamme vom 19. Juni 1986, liege also fast 2 1/2 Jahre zurück. Der Ausschuß befasse sich in dieser Sitzung zum fünften Mal damit. Es sei an der Zeit, nun zum Abschluß zu kommen und dem federführenden Ausschuß ein Votum zu übermitteln.

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 8. März 1988, Drucksache 10/3017, enthalte in seinen Grundzügen viele positive Punkte, die von der SPD-Fraktion mitgetragen werden könnten. Darüber sollte aber der federführende Ausschuß im Detail beraten.

Er halte es für denkbar, daß letztlich dem Plenum ein gemeinsamer Antrag aller drei Fraktionen vorgelegt werden könnte.

Sodann geht der Abgeordnete auf die vorherigen Diskussionsbeiträge ein. Er hebt hervor, daß nicht schematisch der Waldanteil in den einzelnen Bundesländern verglichen werden dürfe.

Nordrhein-Westfalen benötige auch eine große Fläche, um seine Volkswirtschaft zu erhalten; er nenne an dieser Stelle nur die Sicherung von Arbeitsplätzen in den Gebieten, die im Bereich von Bergbau und Stahl Arbeitsplatzverluste hätten.

Ausschuß für Umweltschutz  
und Raumordnung  
51. Sitzung

02.11.1988  
he-sz

Was die Belastung der Luft mit Schadstoffen angehe, verweise er auf die hohen Investitionen nordrhein-westfälischer Industrie, durch die eine drastische Reduzierung habe erreicht werden können. Bei  $\text{SO}_2$  und  $\text{NO}_x$  betrage die Verminderung schon bis zu 50 %.

Hinsichtlich der Forderung von Katalysator-Fahrzeugen habe er noch die Klagen der Autoindustrie im Ohr, daß sie für denselben Typ jeweils zwei Bandstraßen vorhalten müßten, um einerseits die Autos für den europäischen Markt und andererseits die Autos für den Export nach Japan, Kanada und in die USA zu produzieren.

Man könne es nur bedauern, daß in diesem Punkt auf Italien und Frankreich zuviel Rücksicht genommen worden sei. Wäre 1987 die US-Norm eingeführt worden, hätte in den 90er Jahren die Umwelt um 2,1 Millionen Tonnen Schwefelsäure entlastet werden können.

Bezüglich der  $\text{NO}_x$ -Emissionen sei er der Meinung, was der Industrie zugemutet werde, müsse auch für die Abgase aus Kraftfahrzeugen gelten. Wichtig sei in diesem Zusammenhang aber auch, daß sich in diesem Punkt die Politiker einig seien.

Er wolle abschließend noch einmal verdeutlichen, wo seine Fraktion die Schwerpunkte setzen wolle:

- Die bisher geleisteten Aufforstungshilfen würden begrüßt; diese Hilfen müßten aber künftig verstärkt für die Aufforstung standortgerechter Laubwälder gegeben werden.
- Die eingeleiteten Forschungsmaßnahmen müßten von der Untersuchung der Einzelschadstoffe  $\text{NO}_x$  und  $\text{SO}_2$  auf weitere Schadstoffe ausgeweitet und intensiviert werden, weil nicht einzelne Schadstoffe, sondern ihre Summe die Wälder erkranken lassen und das Grundwasser belasteten.
- Mittel- und langfristig werde angestrebt, 3 % der Landesfläche unter Naturschutz zu stellen. Dabei sei zu prüfen, inwieweit landeseigene, ökologisch wertvolle Laubwälder aus der Forstwirtschaft herausgenommen und unter Naturschutz gestellt werden könnten.

Unter Umständen müsse in solchen Wäldern dann auch die Nutzung durch Erholungsuchende eingeschränkt werden, um die Natur sich selbst entwickeln zu lassen.

- Wichtige Zeichen für die weitere ökologische Umorientierung des Landes setze der Landesentwicklungsplan III. Er sollte aber auch dazu genutzt werden, die Wälder durch Aufforstung etwas stärker an die Ballungszentren heranzubringen. Einen Beitrag hierzu leiste der KVR mit seinen Verbandsgrünflächen.